



Die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn haben eine Zusammenarbeitsvereinbarung abgeschlossen.

Regierungsvereinbarung abgeschlossen



Mit dem Abschluss der Regierungsvereinbarung sorgen die Regierungen für Kontinuität und Verbindlichkeit in der Entwicklung des Bildungsraums. Der unbefristete Vertrag regelt insbesondere die Zusammenarbeit unter den Bildungsdepartementen und gilt für alle Bildungsstufen. Die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz dient der Umsetzung der gesamtschweizerischen Harmonisierungsvorgaben. Sie soll die Qualität und die Wirksamkeit der kantonalen Bildungssysteme steigern und zu einer kontinuierlichen Annäherung dieser Bildungssysteme führen («Konvergenzprinzip»). Dazu sind gemeinsame Absprachen vor wichtigen bildungspolitischen Weichenstellungen und die schrittweise Ausrichtung auf gemeinsame Zielsetzungen vorgesehen. Vor allem aber ist geplant, wichtige Entwicklungsthemen und die Ausarbeitung entsprechender kantonalen Vorlagen gemeinsam anzugehen. Solche Projekte sind bereits auf allen Bildungsstufen am Laufen. Schliesslich wollen die Regierungen die Interessen der vier Kantone im Bildungsbereich gegenüber dem Bund und in der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) gemeinsam vertreten.

Prüfung der Institutionalisierung der Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit erfolgt projektartig; ausser einem gemeinsamen Projektsekretariat werden keine gemeinsamen Einrichtungen geschaffen. Bis Ende 2013 soll geprüft werden, ob weitere Schritte hin zu einer längerfristigen Institutionalisierung der Zusammenarbeit unternommen werden sollen.

Erster gemeinsamer Bildungsbericht 2015

Ein zentrales Instrument für den gemeinsamen Entwicklungsprozess ist der vierkantonalen Bildungsbericht. Dieser soll alle vier Jahre, in Anlehnung an den nationalen Bildungsbericht, die vier kantonalen Bildungssysteme in Hinblick auf ihre Qualität analysieren und miteinander vergleichen.

Der Bildungsbericht soll den Bildungsdepartementen, den Bildungsbehörden und den Parlamenten als wichtige Entscheidungsgrundlage dienen.

Der erste gemeinsame Bildungsbericht soll 2015, ein Jahr nach dem nationalen Bildungsbericht 2014, vorliegen.

Zwischenergebnis eines politischen Prozesses

Die vorliegende Regierungsvereinbarung ist das Ergebnis eines längeren politischen Prozesses: 2007 haben die Regierungen der vier Kantone erstmals ihre Absicht zur Schaffung eines gemeinsamen Bildungsraums erklärt und dazu eine Konsultation durchgeführt. Ende 2008 haben sie einen Staatsvertragsentwurf und ein Programm für den Bildungsraum in die Vernehmlassung geschickt.

Die Auswertung ergab eine grosse Zustimmung zur geplanten inhaltlichen Zusammenarbeit, aber Skepsis bezüglich einer staatsvertraglichen Verankerung. Die Regierungen haben daraufhin beschlossen, die inhaltliche Zusammenarbeit zu verstetigen, dazu aber vorerst lediglich eine Regierungsvereinbarung abzuschliessen.

Damit bleibt die Zuständigkeit kantonalen Gremien – insbesondere auch der Parlamente – garantiert.

Mediencommuniqué AG/BS/BL/SO

Eine Liste der gemeinsamen Projekte und den Wortlaut der Regierungsvereinbarung finden Sie unter www.bildungsraum-nw.ch.

ZUM GEDENKEN

«Das schönste Denkmal, das ein Mensch bekommen kann, steht im Herzen seiner Mitmenschen.»

Albert Schweizer

Martin Brotschi

1947 – 2009

Mit grosser Betroffenheit haben wir im Departement für Bildung und Kultur die Nachricht vom Tod unseres langjährigen Mitarbeiters Martin Brotschi zur Kenntnis genommen.

Am 1. August 1973 trat er als Sekretär in der Abteilung Lehrerstellenbesetzung Volksschule in den Dienst des Kantons Solothurn. Damals gehörte diese Abteilung noch zum Departementssekretariat des Erziehungsdepartementes.

Bereits vier Jahre später wählte der Regierungsrat den kompetenten jungen Beamten zum Leiter dieser Abteilung. Neben seiner Führungsaufgabe gehörte vor allem die Betreuung des Personalbereichs «Volksschule» zu seinen anspruchsvollen Tätigkeiten: die Anstellung von Lehrpersonen bis zu einem Jahr, Lohnstufungen, Urlaubswesen, Stellvertretungen und vieles andere mehr.

Mit seiner umgänglichen Art und seinem freundlichen Wesen begegnete Martin Brotschi in dieser langen Zeit unzähligen Lehrpersonen und Verantwortlichen aus den kommunalen Schulbehörden. Er entwickelte sich in kurzer Zeit zum allseits geschätzten Aushängeschild des AVK. Für zahlreiche Kundinnen und Kunden war er erste und kompetente Anlaufstelle und es verwundert deshalb nicht, dass er für viele gleichsam das



AVK darstellte. Und Martin Brotschi hat unser Departement immer ausgezeichnet dargestellt.

Auch in der Erarbeitung von Vernehmlassungen und Stellungnahmen zu parlamentarischen Vorstössen, in Projekten zu Besoldungsfragen oder Gesetzesänderungen und in Koordinationsaufgaben mit andern Ämtern und Behörden durfte das Departement stets auf die kompetente Mitarbeit von Martin Brotschi und seinen reichen Schatz an Wissen und Erfahrung zählen.

Auch während seiner schweren Krankheit liess es sich der Leiter der Abteilung Personelles im AVK

nicht nehmen, seine Kolleginnen und Kollegen mit Rat und Tat zu unterstützen.

Mit demselben grossen Engagement hat sich Martin Brotschi auch in zahlreichen Behörden seiner Wohngemeinde eingebracht.

Am 26. Dezember hat Martin Brotschi den Kampf gegen seine heimtückische Krankheit endgültig verloren. Was uns bleibt ist die Erinnerung an einen grossmütigen und engagierten liebenswerten Menschen, den alle, die ihn gekannt haben, gerne und mit grosser Dankbarkeit in Erinnerung behalten werden.

Klaus Fischer, Regierungsrat